

Keine Bachelor-Absolvent*innen als Lehrer*innenvertretung

*Ina von Boetticher,
Michael Myrcik
Personalrat Schulen Bremen*

■ Seitens der Politik wurden 200 neue Lehrerstellen versprochen, die an die Tafel gebracht werden sollen. Derzeit wird ein erheblicher Teil dieser Stellen durch Neueinstellungen in die Stadtteilschule abgedeckt. Hier finden sich Kolleg*innen mit Staatsexamen, Diplom, Magister, Master und mittlerweile eine große Anzahl an Bachelor-Absolvent*innen. Für die Bildungsbehörde ist dies eine gängige Praxis um Unterrichtsausfall kostengünstig zu kompensieren. An vielen Schulen übernehmen die jungen Kolleg*innen mit Bachelor-Abschluss nicht nur Vertretungen im kleinen Stundenumfang, Hausaufga-

benbetreuung oder Begleitung im Unterricht, sondern leiten auch eigenverantwortlich Kurse und Klassen. Das beinhaltet auch das Bewerten und Benoten der Schüler*innen. Diese inzwischen übliche Einsatzform von Bachelor-Absolvent*innen hat dazu geführt, dass ein großer Teil der Kolleg*innen mit einer hohen Stundenzahl, bis hin zu einer vollen Stelle, über die Stadtteilschule beschäftigt sind. Von einer Nebentätigkeit, parallel zum Studium, kann hierbei nicht mehr die Rede sein. Das führt neben dem Aufweichen der vorgegeben Qualitätsstandards auch zu einer erheblichen Belastung der Student*innen. Diese besitzen weder ein vollwertiges Studium und damit die entsprechende Ausbildung für die genannten Tätigkeiten, noch werden sie in irgendeiner Form betreut oder begleitet, wie z. B. Praktikant*innen oder Referendar*innen.

Aus einer anfänglichen Ausnahmesituation ist eine reguläre Vorgehensweise der Behörde geworden, sodass sich die Einsatzzahl der jungen Kolleg*innen ohne entsprechende Qualifikation im letzten Jahr erheblich erhöht hat. Mängel im Bildungssystem dürfen nicht durch Bachelor-Absolvent*innen kompensiert werden. Es darf kein Parallelsystem entstehen, in dem aus Zeitmangel sowie Gründen der gesundheitlichen Überlastung junge Menschen ihr Studium nicht beenden können. Um Lücken in der Lehrerversorgung und in der Vertretungsreserve zu schließen fordert der Personalrat Schulen die Einstellung von voll ausgebildeten Lehrkräften, eine Aufstockung der Referendariatsplätze, sowie die bessere Organisierung der Qualifikation von Seiteneinsteiger*innen. Aus den genannten Gründen wird der Personalrat Schulen mit Beginn des Schuljahres 2016/2017 keinem Einsatz von Bachelor-Absolvent*innen in Schule mehr zustimmen.

Nicht voll ausgebildete Lehrkräfte und Seiteneinsteiger*innen in Bremerhaven

*Dorothea Schulz, Norbert Brandt
Personalrat Schulen Bremerhaven*

■ Die Personalsituation ist bereits seit zwei Jahren zunehmend angespannter. In der letzten Wahlperiode haben wir ca. vierteljährig diskutiert, bei welchen Abschlüssen der PR noch zustimmt bzw. zustimmen kann. Diese Diskussionen endeten immer mit weiterem »Nachgeben« bei den Standards. Vor ca. 5 Jahren wurde bei Vertretungskräften mindestens das 1. Staatsexamen vorausgesetzt und es gab kaum ausreichend Bewerber*innen mit dem zweiten Staatsexamen, um die Planstellen zu besetzen. Die Bewerberlage entwickelte sich zunehmend schlechter und das Schulamt ist dazu übergegangen, auch Einstellungen von Bachelorabsolvent*innen zu berücksichtigen, da sich in Bremerhaven nicht ausreichend Lehrer*innen mit dem zweiten Staatsexamen bewerben. Aus verschiedenen Gründen

lehnt der Personalrat die Beschäftigung von Student*innen mit voller Stundenzahl ab und hat sich mit dem Schulamt und Personalamt auf eine maximale Stundenzahl von 14 LWS bei Student*innen geeinigt.

Inzwischen stellt Bremerhaven regelmäßig nicht nur Bachelorabsolvent*innen, sondern auch Seiteneinsteiger*innen ein. Dies erfolgt in der Regel ohne die Möglichkeit einer Qualifizierung, die mit dem zweiten Staatsexamen abschließt. Diese Qualifizierungsmaßnahmen sind Ländersache. Hier ist die Senatorin für Kinder und Bildung gefordert, die aber keine Notwendigkeit zum Handeln sieht. Auch dieser Personenkreis wird den Bedarfen nicht gerecht, so dass inzwischen Alternativen gesucht werden (müssen).

Alle im Personalrat haben bei dieser Sachlage immer wieder große Bedenken. Mit einer Entspannung bei der Personal- und Bewerberlage für Bremerhaven ist in der näheren Zukunft nicht zu rechnen. Was sind die Folgen und die Alternative?

Kinder und Jugendliche haben das Recht auf Beschulung. Dieses grundsätzliche (Menschen-)Recht steht über

anderen Gesetzen und Verordnungen. Spürbar ist bereits der vermehrte Ausfall von Förderunterricht und Differenzierungen, vermehrter Vertretungsunterricht, Mehrarbeit usw. um den Regelunterricht zu gewährleisten. Ebenfalls kommt es immer häufiger zum Einsatz von pädagogischen Mitarbeiter*innen, um bei Krankheitsvertretung die Betreuung zu übernehmen. Ursache hierfür ist nicht nur die gestiegene Zahl von Schüler*innen sondern auch der Mangel an Personal.

Das Land Bremen hat die Ausbildung von Student*innen und Referendar*innen sowie ausreichende Einstellungskorridore über Jahre sträflich vernachlässigt, aber was heißt das konkret für die nächsten Wochen?

Und noch etwas: Schon jetzt machen sich Eltern Sorgen um das Bildungssystem in dieser Stadt – vertreiben wir weitere Schüler*innen in den Landkreis oder Eltern ins AFD-Lager?

Der PR sitzt zwischen allen Stühlen – hier ist vor allem politischer Druck notwendig!